

# Psychotherapie unter Druck: Artikel, Reaktionen, Demonstration

Köln, Mai 2026

Die gesundheitspolitische Debatte um die Honorarkürzungen in der Psychotherapie und die drohende Einbeziehung psychotherapeutischer Leistungen in die morbiditätsbedingte Gesamtvergütung hat in den vergangenen Wochen auch in Köln Fahrt aufgenommen. Wir dokumentieren hier einige Beiträge, die aus unserem Umfeld dazu entstanden sind.

DER ARTIKEL · KÖLNER STADTANZEIGER, 12. MAI 2026

Kölnler Stadt-Anzeiger Dienstag, 12. Mai 2026

## Psychotherapie am Limit

Niedergelassene Psychotherapeuten geraten durch Honorarkürzungen unter Druck. Wen das Minus am Ende wirklich trifft

VON CLAUDIA LEHNEN

Mark Alcock's Sorgen kennen keine Rangfolge. Sie springen, das wird demjenigen deutlich, der ihm zuhört, zwischen Bausteinen: die Praxis in Beberberg, zwei kleine Kinder, eine Frau, die ebenfalls Psychotherapeutin ist – und nun die Sparpläne einer Bundesregierung, die seinen Beruf, seine Familie und seine Patienten gleichermaßen treffen. Wenn der 58-jährige Psychotherapeut über die Lage spricht, fällt immer wieder dasselbe Adjektiv: existenziell. „Wir haben Kredite aufgenommen, um eigene Praxen zu eröffnen und haben zwei kleine Kinder. Es ist für uns existenziell, wenn zehn bis 20 Prozent unserer Einnahmen wegfallen. Ein Teil ist jetzt schon weg, weil ich bei dem realistischen Minus weiß ich vielleicht erst ein halbes Jahr, nach dem nächsten Vergütungsgang, wie viel weniger wir dafür bekommen.“

Am Ende rechnet Alcock damit, dass bis zu einem Drittel der Einnahmen weggehen könnten. Paartherapie, Coaching, Paarberatung – natürlich, das seien Auswege. Aber dann kreisen seine Gedanken zurück. „Nichts gegen Paartherapie, aber in der Konsequenz fehlt dann die Hilfe für Kranke.“ Wenn plötzlich ein Teil der Decke abgeschnitten wird, kann zerbauen, wie er will. Am Ende bleibt jemand, der frisiert.

Mitte März 2026 wurde das erste Kürzungsstück bekannt: Auf Druck des GKV-Spitzenverbandes beschloss der Erweiterte Bewertungsausschuss am 11. März 2026 die Abwengung psychotherapeutischer Honorare um 4,5 Prozent – zum 1. April, mit kaum zwei Wochen Vorankündigung, gegen die ausdrückliche Ablehnung der Kassennäherlichen Bundesverbände und den Widerstand aller relevanten Fachverbände. Normalerweise gebe es bei solchen Schritten einen Vorlauf, eine Diskussion, sagt Alcock. Man habe sogar eine Erhöhung erwartet – schließlich war das Honorar so niedrig, dass wiederholtes Bundesgesetzrecht eingreifen musste.

Statt dessen: eine weitere Talfahrt, ohne Diskussion. Die Kürzung sei nicht als Sparmaßnahme zu sehen, es sei vielmehr darum gegangen, „die Bewertungsrelationen der ambulanten Leistungen in einem ausgewogenen Verhältnis zu halten“, schreibt der GKV-Spitzenverband auf Anfrage. Aber das war erst der Anfang. Im April verabschiedete das Kabinett von Bundesgesundheitsministerin Nina Hahn (CDU) das GKV-Beitragsstatzabstärkungsgesetz – ein Sparpaket mit 66 Maßnahmen, überproportional viele davon auf Kosten der Psychotherapie. Kernstück: ein neuer Paragraph §7a SGB V, der die bisher erlaubte Vergütung psychotherapeutischer Leistungen – also die Garantie, dass jede erbrachte Sitzung auch bezahlt wird – unter einen Deckungsvorbehalt stellt. Wer darüber nachdenkt, was das de facto bedeutet, landet bei dem Besuch einer Bäckerin und der Frage, was der Bäcker wohl sagen würde, wenn man ihm einen größeren Bedarf für Brotzettel abkaufen, aber nur sieben davon bezahlen wollte. Am Ende will die Kasse nämlich nur einen festgesetzten Betrag zahlen, egal wie viele Patienten der Therapeut tatsächlich behandelt hat.

prozentualen Gehaltssteigerungen aller Facharztgruppen verzeichnet – 52 Prozent. Lilli von Beberberg, approbierte Psychotherapeutin, lässt das nicht gelten: „50 Euro Leistungsgang, wie viel schneller steigern als 200 Euro. Wir stehen immer noch ganz unten – auch nach allen Steigerungen.“

Das Aktionsbündnis Psychotherapie hat die Zahlen Faktencheck unterzogen. Ergebnis: Inflationsbereinigt bleiben von den 52 Prozent gerade einmal 1,6 Prozent pro Jahr – weniger als die allgemeine Lohnentwicklung, weniger als der Mindestlohn, der seit 2015 um 63 Prozent stieg. Die Steigerungen waren zudem keine politische Großtatigkeit, sondern gerichtlich erstrittene Nachbesserungen wegen verfassungswidriger Unterversorgung.

Bis zu 25 Sitzungen pro Woche. Hinzu kommt der fiktive Jahresumsatz von 190.000 Euro, den der GKV-Spitzenverband als Referenzgröße anführt. Bei im Vergleich zu anderen Fachgruppen, erheblich niedrigeren Sach- und Personalkosten. Der Umsatz basiert auf einem Modell aus dem Jahr 1999, das von 36 Therapiesitzungen pro Woche ausging – einer Belastungsgrenze, die das Bundesobergericht als Maximum definiert hatte, nicht als Normalfall. Tatsächlich führen Therapeutinnen und -Therapeuten durchschnittlich 23 bis 25 Sitzungen pro Woche durch. Während die Kassen daraus schlussfolgern, ein Großteil der Therapeuten arbeite „nur hältler oder in noch geringeren Tätigkeitsumfang“, halten diese dagegen, mit der reinen Sitzungszeit sei es ähnlich wie bei Lehrern und Lehrern ja nicht getan. Der Rest der Stunden entfällt auf Dokumentation, Berichte, Supervision, Fortbildung, Qualitätszirkel – und seit 2017 auf eine gesetzlich vorgeschriebene telefonische Erreichbarkeit von mindestens 200 Minuten wöchentlich, die im alten Modell gar nicht vorkam.

Der durchschnittliche Jahresdienst einer psychotherapeutischen Praxis liegt laut Berufsverband dann auch nur bei knapp 90.000 Euro brutto – vor Steuern, Krankenkassenversicherung und Altersvorsorge. Vergleichsweise Arztpraxis: 336.000 Euro. Pro Arbeitsstunde nach Praxiskosten bleiben 52 Euro;

Hausarztpraxen erleben etwa das Doppelte. Das Grenzwort, das die Kürzung beschlossen hat, stuft seine eigene Berechnungsmethodik in seinen Beweishin als überprüfungsbedürftig ein. Trotzdem wurde auf dieser Grundlage entschieden.

Lilli von Beberberg arbeitet mit Kassenzulassung in Köln und behandelt damit ausschließlich gesetzlich Versicherte. Dass Plätze für diese Hilfesuchenden knapp sind, erlebt sie jeden Tag. „Ich hatte eine kurzfristige Abgabe und habe den Termin online eingereicht. Er war innerhalb von drei Minuten weg.“ Statistisch waren Menschen in Deutschland derzeit durchschnittlich 142 Tage auf einen Therapieplatz – fast fünf Monate. Von Beberberg kennt eine Patientin, die zwei Jahre wartete, und deren Freundin, die seit vier Jahren sucht.

Besonders betroffen: wer nicht die Kraft hat, bei 50 Praxen anzurufen. „Wenn jemand gerade sehr depressiv ist, kann er nicht monatlich nachhaken. Das geht nicht.“ Fast egal, welche Statistik man bemüht, eine steigende Nachfrage belegte sie alle: 2024 erhielten 49,9 Prozent aller Erwachsenen in Deutschland eine ambulante Diagnose einer psychischen Störung. Die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsstage aufgrund psychischer Erkrankungen ist seit 2019 um 50 Prozent gestiegen. Psychische Erkrankungen waren die häufigste Ursache für stationäre Klinikaufenthalte bei Kindern und Jugendlichen zwischen 10 und 19 Jahren – 36,3 Prozent mehr als 2004. 10.372 Menschen haben sich 2024 in Deutschland übergeben – 71 Prozent mehr als im Zehnjahreszeitraum. Damit sterben mehr Menschen durch Suizid als durch Verkehrsunfälle. In Teilen der Politik zeigt man sich besorgt. „Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wie strukturelle Verschlechterungen in einer Situation steigenden Bedarfs in Kauf genommen werden können“, sagt etwa Lisa Kasperian, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag NRW, auf Anfrage.

Zwei Monate lang hat das Bundesgesundheitsministerium die Möglichkeit, die Honorarkürzungen zu beanstanden. Man erwartete von NRW-Gesundheitsministerin Karli Josef Laumann (CDU), sich „für eine Beanstandung einzusetzen“. Das NRW-Gesundheitsministerium gibt auf Anfrage zu, dass gerade die beschlossenen Honorarkürzungen für die Betroffenen eine deutliche Belastung darstellen, schließlich seien auch die Kosten gestiegen. „Als freiberuflich Tätige bestreiten sie Planungsbüro. Honorarkürzungen nehmen den Psychotherapeuten und -therapeuten die erforderliche

raputen, die immer mehr Leistungen erbringen, erkennen wir keinen verbesserten Zugang zu psychotherapeutischer Versorgung oder verkürzte Wartezeiten.“

Gegen den Befund, das liege an der steigenden Zahl der Hilfsbedürftigen, steht das Argument der Kassen, niedergelassene Therapeuten behandelten zu viele leichte Fälle. Wichtig sei, den Zugang für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen zu erleichtern.“ Alcock weist den Vorwurf, quasi zu früh einzutreffen, zurück: „Wir treffen uns hier nicht, um Kaffee zu trinken. Die Leute halten ewig durch, bis sie den Mut fassen, sich überhaupt an uns zu wenden.“ Oft mit der Folge, dass sich Erkrankungen schon chronifiziert hätten. Von Beberberg ergänzt: „Wir sind keine Coaches. Hier kommt niemand rein und sagt, ich habe das auf Social Media gesehen. Die Leute hätten ihre Erkrankung lieber nicht.“ Viele ihrer Patienten sagen im Erstgespräch, sie hätten Angst, jemandem den Platz wegzunehmen. „Einen Therapieplatz zu haben ist eine Rarität geworden. Die Leute spielen das.“

**Kosten für die Weiterbildung**  
Die Folgen einer Unterversorgung sind teuer. Jeder in ambulante Psychotherapie investierte Euro spart laut Studien zwei bis fünf Euro: weniger Krankeneinweisungen, weniger Klinikaufenthalte, weniger Frühverrentungen. Das Bundesministerium für Gesundheit räumt selbst ein, dass Langzeitkrankungen rund 40 Prozent der krankheitsbedingten Ausfalltage verursachen. Was als Sparpolitik daherkommt, entpuppt sich als Kostenverlagerung von den Kassen auf Betroffene, Arbeitgeber und Sozialsysteme.

Die wirtschaftliche Logik des Berufsstands kippt schon, ehe auch nur eine Sitzung abgehalten wurde. Wer Psychotherapeut werden will, braucht fünf Jahre Studium, dazu drei bis fünf Jahre Ausbildung mit Eigenkosten von bis zu 80.000 Euro – und danach den Kauf einer Praxis mit Kassenstütze, der in Köln bis zu 100.000 Euro kosten kann. Wer diese Rechnung nichtern aufmacht, entscheidet sich zunehmend gegen die Kasserversorgung. Schon vor der Kürzung verdiente von Beberberg pro Sitzung weniger als Kolleginnen, die ausschließlich Privatpatienten behandeln. „Jetzt wächst der Abstand.“ Kein kostenrechtlich wäre es sinnvoll, Fragens nur noch Privatpatienten zu nehmen. Machte sich nicht. Aber Anreiz ist real.

Dazu kommt: Von den insgesamt etwa 5000 Vollzeittarifen in NRW ist ein Drittel ab-

„Wir stehen immer noch ganz unten – auch nach allen Steigerungen“

Claudia Lehenen: „Psychotherapie am Limit“

Claudia Lehenen hat in ihrem Artikel etwas geschafft, das in der gesundheitspolitischen Berichterstattung ungewöhnlich ist: Sie rechnet nach, ohne zu vereinfachen.

Die Kassen sparen 224 Millionen Euro, das sind gerade einmal 0,05 Prozent ihrer Gesamtausgaben. Gleichzeitig verursachen psychische Erkrankungen volkswirtschaftliche Kosten von rund 147 Milliarden Euro jährlich.

Was als Sparmaßnahme daherkommt, ist in Wirklichkeit eine Kostenverlagerung.

Kernstück der geplanten Verschlechterung ist der neue §7d SGB V, der die bisher extrabudgetäre Vergütung psychotherapeutischer Leistungen unter einen Deckungsvorbehalt stellt: Erbrachte

Sitzungen werden künftig nicht mehr garantiert bezahlt.

Der Artikel zeigt auch: Ein in ambulante Psychotherapie investierter Euro spart laut Studien zwei bis fünf Euro an Folgekosten. Was heute gespart wird, zahlt die Gesellschaft morgen mehrfach.

DER LESERBRIEF · KÖLNER STADTANZEIGER, 19. MAI 2026

In der Ausgabe vom 19. Mai erschien ein Leserbrief von Ulrich Meier, Mitgründer der APP Köln, der die strukturellen Konsequenzen aus berufspraktischer Perspektive kommentiert.

*„Was heute als Sparmaßnahme daherkommt, ist eine Kostenverlagerung auf Betroffene, Arbeitgeber und Sozialsysteme.“*

Ulrich Meier, Psychologischer  
Psychotherapeut, Köln

Der Leserbrief benennt insbesondere die drohende Verschlechterung der Weiterbildungssituation: Ohne Refinanzierung der Weiterbildungsplätze werden in zehn Jahren deutlich weniger niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zur Verfügung stehen.

Dienstag, 19. Mai 2026 **Kölner Stadt-Anzeiger**

## Schlechtere Versorgungslage

Niedergelassene Psychotherapeuten geraten durch Honorarkürzungen unter Druck (12.5.)

Claudia Lehnen hat in ihrem Artikel etwas geschafft, das in der gesundheitspolitischen Berichterstattung ungewöhnlich ist: Sie rechnet nach, ohne zu vereinfachen. Zwei Zahlen genügen, um das Ausmaß des Problems zu verstehen. Die Kassen sparen 224 Millionen Euro, das sind gerade einmal 0,05 Prozent ihrer Gesamtausgaben. Gleichzeitig verursachen psychische Erkrankungen volkswirtschaftliche Kosten von rund 147 Milliarden Euro jährlich.

lungsplätze. In einer Situation, in der Menschen heute bereits durchschnittlich fast fünf Monate, in Köln übrigens noch weitaus länger, auf einen Psychotherapieplatz warten, ist das keine ferne Perspektive. Es ist die absehbare Verschlechterung einer Versorgungslage, die schon jetzt am Limit ist. Und: Was heute als Sparmaßnahme daherkommt, ist, wie der Artikel treffend formuliert, in Wirklichkeit eine Kostenverlagerung auf Betroffene, Arbeitgeber und Sozialsysteme.

**Ulrich Meier** Köln  
Psychologischer Psychotherapeut

„Was heute als Sparmaßnahme daherkommt, ist eine Kostenverlagerung auf Betroffene, Arbeitgeber und Sozialsysteme

**Ulrich Meier**

Wer das nebeneinanderstellt, erkennt: Was als Sparmaßnahme daherkommt, ist in Wirklichkeit eine Kostenverlagerung. Dass das Bundessozialgericht in den vergangenen Jahren wiederholt eingreifen musste, weil die Vergütung für Psy-

Es ist erfreulich, dass sich der „Kölner Stadt-Anzeiger“ mit der Berufsgruppe der Psychotherapeutinnen und -therapeuten befasst, die wirklich nicht als Kostentreiber im Gesundheitssystem gelten kann und jetzt noch weiter beschnitten wird. Neben zahlreichen bürokratischen Hürden und bei nur mäßiger Vergütung verwundert es, dass noch immer Personen gewillt sind, den langen und teuren Ausbildungsweg auf sich zu nehmen, um dann unter diesen Bedingungen zu arbeiten.

**Dr. Susanne Schmitz** Leverkusen

„Schlechtere Versorgungslage“ · Leserbrief Ulrich Meier

DIE DEMONSTRATION · KÖLN, 18. MAI 2026

Am Sonntag, dem 18. Mai, versammelten sich auf dem Kölner Heumarkt weit über tausend Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, Auszubildende und Patientinnen und Patienten. Der Demonstrationszug führte zum Neumarkt.

Mit Jochen Ott (SPD) und Arnd Klocke (Grüne) ergriffen zwei NRW-Landtagsabgeordnete das Wort. Den stärksten Moment lieferte die Rede einer Patientin, die ihre persönliche Betroffenheit schilderte.

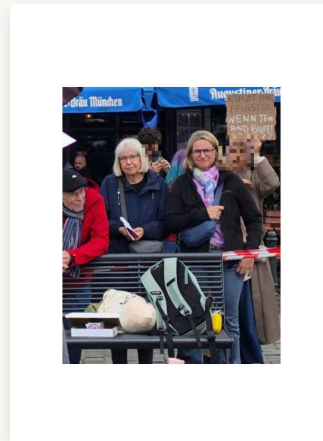
Die Transparente machten deutlich, dass hier nicht nur ein Berufsstand für seine Vergütung auf die Straße geht, sondern Menschen für ein Versorgungssystem, das ihnen wichtig ist.



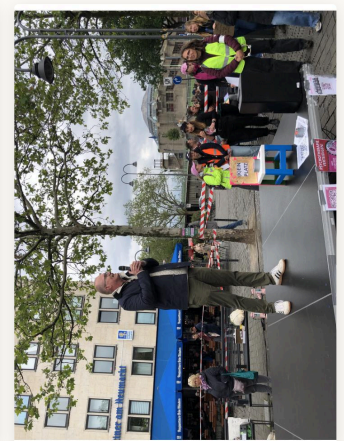
„Unsere Arbeit ist wertvoll – für uns alle!“



„Wer jetzt spart zahlt später doppelt“



Am Heumarkt



Jochen Ott (SPD) auf der Bühne

*„Bin froh, dabei gewesen zu sein. Ich weiß gar nicht, ob es jemals zuvor eine ganz und gar eigene Demo von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten gegeben hat.“*

Renate Bauer, Dipl.-Psychologin, Dozentin der APP  
Köln



Die APP Köln unterstützt die Proteste gegen die Honorarkürzungen und gegen die geplante Einbeziehung psychotherapeutischer Leistungen in die morbiditätsbedingte Gesamtvergütung ausdrücklich.